Vorstandssitzung vom 01.04.2010

Fliegender Holländer
Benkertstraße 5
14467 Potsdam

Anwesend vom Vorstand:
Axel
Susanne
Sören
Ron
Steffen

Entschuldigt: Thomas (krank)

Weiterhin 8 Piraten als Gäste

INHALTSVERZEICHNIS

Vorstandssitzung vom 01.04.2010 1
INHALTSVERZEICHNIS 2
[a.] Formelle Eröffnung 3
[b.] Änderungen der GO 3
[c.] Berichte und Nachberichte 3
08.01.2010 Runder Tisch der Universität Potsdam 3
09.1.2010 Nacktscanner / Berlin 3
09.01.2010 Schatzmeistertreffen des Landes Brandenburg 3
14.01.2010 Neufünflandtreffen 4
19.01.2010 Videoüberwachung / Spree-Neiße 4
19.01.2010 ELENA Petitionen 4
20.01.2010 Potsdamer Archiv 4
21.01.2010 Wir für Frankfurt 4
24.01.2010 Landestreffen 4
30.01.2010 ELENA Aktion 4
6.-7.02.2010 Workshop Projektmanagement leicht 4
14.02.2010 Marina Kassel 5
14.02.2010 Bericht Karnevalsumzug 5
17.02.2010 ZugErschwG / ZugSchloss Bellevue 5
21.02.2010 Flyerei in Potsdam 5
23.02.2010 Demonstration und Mahnwache gegen JMSTV / Berlin 5
23.02.2010 Podiumsdiskussion 5
27.02.2010 LMV Berlin 6
02.03.2010 Vorratsdatenspeicherung 6
08.03.2010 LMV LSA Halle 6
13.03.2010 Krankenbesuch bei Ron 6
18.03.2010 REVOLUTION – EnergyAutonomy, Podiumsdiskussion 6
20.03.2010 Frühling der Freiheit 6
28.03.2010 Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Potsdam 6
31.03.2010 Märkisch – Oderland 7
Bericht der Presseabteilung: 7
Sonstige Hinweise: 8
Themenhinweise: 9
Volkszählung: 9
Bundesparteitag: 11
Anträge an den Bundesparteitag 11
Bildung 1 11
Bildung 2 11
Menschenrechte 14
CSS Technologie 15
[d.] Veranstaltungsübersicht Zukunft 18
01.05.2010 Senftenberg 18
01.05.2009 Grillen 18
02.05.2010 Internationaler Tag der Arbeitslosen 18
April 2010 Infostände „Frühling der Freiheit“ 18
April 2010 65. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager und Folterstätten in Brandenburg 18
17.04.2010 Piratenkongress 19
Kommend: LF-Workshop PHP und Ankündigungsflyer 19
Kommend: Organisatorische Begleitung OB-Wahl Potsdam 19
[e.] verschiedene Finanzbeschlüsse 21
Beschluss Vereinsbeitritt 21
Beschluss Verlängerung Mietvertrag 21
Beschluss Liste der Ausgaben / Sammelbeschluss: 21
[f.] Sonstige Belange / Anträge 23

[a.] Formelle Eröffnung

Die Sitzung wird um 19.50 Uhr nach zweimaligen Umziehen wegen Gästeandrang formell eröffnet. Als Versammlungsleiter wird Sören Zetzsche vorgeschlagen. Als Versammlungsleiter wird Sören bestimmt.

Steffen Thomas wird als Protokollant vorgeschlagen. Als Protokollant wurde Steffen bestimmt.

Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

Der Versammlungsleiter bittet um Zustimmung dass das Rederecht der Gäste unter dem Punkt Sonstiges wahrgenommen werden kann. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

[b.] Änderungen der GO

Umlaufbeschlüsse sollen getroffen werden können. Begründung: zwischenzeitlich dringliche Beschlüsse u.a. zu Finanzen müssen getroffen werden können.

Aufnahme des Absatzes: „5(a) Es sind Umlaufbeschlüsse außerhalb fernmündlich und fernschriftlich von Vorstandssitzungen möglich. Die Beschlüsse sind dokumentarisch festzuhalten."

Die Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen

[c.] Berichte und Nachberichte

(ab 5.1.2010 wegen nichtöffentlicher Sitzung Anfang Februar.)

08.01.2010 Runder Tisch der Universität Potsdam
zu Qualität der Bildungsangeboten. Saskia war anwesend. Runder Tisch konnte sich nicht einigen. (Mitgliederversammlung der Hochschulgruppe war im Februar)

09.1.2010 Nacktscanner / Berlin
Fand an diversen Flughäfen statt. Tegel, Düsseldorf, Frankfurt a.M. Piraten haben jeweils mit Medieninteresse verdeutlicht was sie von Nacktscannern halten. Kurzfristige Ankündigung von Sören.

Bilder:
http://www.entartete-kunst.com/mach-dich-nackig/
http://picasaweb.google.de/marceldunkelberg/NacktscannerFlashmob#
http://shiro.man-ma.de/flashmob/

Presse:
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,670873,00.html
http://www.welt.de/vermischtes/article5798498/Halbnackt.html
http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1336639/Nacktdemo-gegen-Nacktscanner-in-Berlin.html
http://www.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/detail.php/2342705
http://www.bz-berlin.de/aktuell/berlin/nackt-protest-gegen-scanner-in-tegel-article689383.html
http://www.bild.de/BILD/regional/berlin/dpa/2010/01/10/piraten-protestieren-gegen-koerperscanner.html

09.01.2010 Schatzmeistertreffen des Landes Brandenburg
Aufgabenabstimmung innerhalb des Landes Brandenburg. Anwesend KV Schatzmeister (bis auf Mol), Sören, Seba.C.

14.01.2010 Neufünflandtreffen
Teilnehmer Vorstände der neuen Länder. Offener interner Austausch über Verwaltungsprocedere, Ordnungsmaßnahmen, Kassel. http://vest-piraten.de/Neufünfland-Vernetzung

19.01.2010 Videoüberwachung / Spree-Neiße
Pressegespräch zwecks Überwachung eines öffentlichen Platzes in Guben.

http://www.lr-online.de/regionen/guben/Gubener-Rathausplatz-wird-videoueberwacht;art1051,2708210

19.01.2010 ELENA Petitionen
Zwei Ankündigungen von Petitionen Elena (Modifizierung + Abschaffung)

https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=8926
https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=9114

Die Petitionen sind in die Verfassungsbeschwerde des Foebud mit aufgenommen.

20.01.2010 Potsdamer Archiv
Umbauhilfsangebot zum Potsdamer Archiv wurde angefragt (Sören). Rückfragen gestellt, momentan keine Rückantworten. http://www.archiv-potsdam.de/

21.01.2010 Wir für Frankfurt
Ein Kandidat (Martin Hampel) für die OB Wahlen in Frankfurt / Oder: Es fand eine letzte Abendveranstaltung mit Pressebeteiligung am 21.1.2010 statt. Sören war da. Das Ziel der Unterschriften wurde knapp wegen schlechtem, eisigen Wetter und der Problematik des Amtseintrages verfehlt. Die Sache war dem LV zu kurzfristig benannt.

http://www.piratenbrandenburg.de/2010/01/piratenpartei-unterstutzt-martin-hampel-als-kandidaten-fur-oberburgermeisterwahl-in-frankfurtoder/

24.01.2010 Landestreffen
Gesamter Vorstand war anwesend. Einige Vorträge zu politische Mitgestaltung. Vorstellung Halbjahresplan. Vortrag Basisdemokratie. Danke an Cottbus.

30.01.2010 ELENA Aktion
Berlin Potsdamer Platz. Holger und David waren anwesend. Aktion mit etwa 30 Teilnehmern bei kühlem Wetter. Aktion zum Thema ELENA. Alternativveranstaltung zum europäischen Datenschutztag. Kurzfristige Ankündigung von Sören.

http://wiki.piratenpartei.de/BE:Squads/demo/ELENA

6.-7.02.2010 Workshop Projektmanagement leicht
Axel, Susanne und Sören waren da. Etwa 30 Teilnehmer. Der Samstag: Grundlagen der Förderfähigkeit von Projekten /Projektausarbeitung. Sonntag: Ergebnissvorstellung. Die Ergebnisse sind noch in der Auswertung.

Die Arbeitsgruppen kamen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und

Brandenburg. 4 Projekte wurden erarbeitet:

a.) Aufbau einer Geschäftsstelle für den LV Sachsen –Anhalt
b.) Aufbau einer breiten und bundesweiten Expertenplattform analog des spezialisierten Projektes "Freiheitsredner"
c.) Erstellung einer öffentlichen Anleitung "Howto: Einmischen in Kommunalpolitik", Träger PP Aufbau eines Antirassismusprojektes in Brandenburg

http://wiki.piratenbrandenburg.de/Workshop_Projektmanagement

Die Nachbereitung des Workshops ist noch nicht abgeschlossen.

14.02.2010 Marina Kassel
Thomas und Sören waren anwesend. Loses Treffen von Vorständen und Gästen. Strukturlos, und im Wesentlichen inhaltslos. Treffen der Vorstände wurde inhaltlich nicht vorbereitet. Ansonsten nettes Networking abseits der Veranstaltung. Herbe Kritiken in der Nachbereitung, vor allem an der Organisation. Die Veranstaltung war etwas strukturlos.

http://wiki.piratenpartei.de/Marina_Kassel

14.02.2010 Bericht Karnevalsumzug
(Cottbus): Fiel aus, da das Gläserne Mobil trotz anfänglicher Zusage in NRW bleiben musste. Eine Alternative konnte kurzfristig nicht gefunden werden. Zum kommenden Jahr will der KV vermutlich dabei sein. Vermittlung von Sören hat auch nicht geholfen. http://www.youtube.com/watch?v=mo8dYMvUTiY

17.02.2010 ZugErschwG / ZugSchloss Bellevue
(Berlin): Netzsperrengesetz wurde von Horst Köhler unterschrieben. Spontandemonstration. Sören und Thomas waren auf der Demo anwesend. Eine ganze Menge Teilnehmer. Berichte zur Anhörung z.B. unter: http://www.justin.tv/clip/796733876414373b

21.02.2010 Flyerei in Potsdam
Flyeraktion kurzfristig umgesetzt. Rund 500 Flyer verteilt. Sören war anwesend. Danke an LSA für die Flyer.

http://wiki.piratenpartei.de/Flyer

23.02.2010 Demonstration und Mahnwache gegen JMSTV / Berlin
Axel, Thomas, Sören waren anwesend. Rund 50 Teilnehmer.

http://wiki.piratenpartei.de/Jugendmedienschutz-Staatsvertrag/Mahnwachen_gegen_den_neuen_JMStV-Entwurf_am_23._und_24._Februar_2010

23.02.2010 Podiumsdiskussion
der Grünen (Cottbus) mit Beteiligung der Piraten wurde auf Sommer 2010 verschoben (Mitteilung GR). Geplant war die Teilnahme von Pavel (Vermittlung: Sören), Mathias und seitens der Grünen Malte Spitz.

http://wiki.piratenbrandenburg.de/Vorstand/Protokolle/05.01.10#TOP_8.0_Podiumsdiskussion_Netzpolitik_23.2.2010

27.02.2010 LMV Berlin
27.2.-28.02.2010: Satzungsänderung LQFeedback. Beschluss Mindesgröße Bezirksverbände. Vorstandsneuwahlen. Als Helfer waren anwesend Thomas uns Sören. Besten Dank für die Hilfe in KW nach Berlin und Glückwunsch.

http://wiki.piratenpartei.de/BE:Protokoll_LMV_Berlin_2010.1

02.03.2010 Vorratsdatenspeicherung
Die bisherige Regelung der Vorratsdatenspeicherung wurde durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Alle Daten seien zu löschen, das Gesetz grundgesetzwidrig. Die Richter haben eine anderweitige Vorratsdatenspeicherung nicht abgelehnt. Der Brandenburger Verband war am Abend der Urteilsfindung in der Abendschau des RBB. Anwesend waren Susanne und Sören. Danke an die Potsdamer Bürogemeinschaft.

Urteil:http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20100302_1bvr025608.html
Video: http://www.youtube.com/watch?v=hk4F4rD7N5E

Das war eine spontane Aktion in der Landesgeschäftstelle.

08.03.2010 LMV LSA Halle
Es wurde die Landesmitgliederversammlung des Landes Sachsen- Anhalt unterstützt. Sören war als Protokollant anwesend. Der Vorstand wurde neu gewählt. Herzlichen Glückwunsch.

http://www.piraten-lsa.de/ergebnisse-1-piratenparteitag-sachsen-anhalt

13.03.2010 Krankenbesuch bei Ron
Geht schon wieder.

18.03.2010 REVOLUTION – EnergyAutonomy, Podiumsdiskussion
Der Kinofilm wurde vorgeführt, anschließend fand eine Podiumsdiskussion statt. Es wurden Standpunkte ausgetauscht, die Teilnehmer waren sich einig das die Vision des Filmes möglich wäre. Sören war zusammen mit Lutz und Sebastian da.

http://www.energyautonomy.org/

20.03.2010 Frühling der Freiheit
Auftakt-Frühjahrsputz-Datenschutz: Zwei Informationsstände in Potsdam und Strausberg. Thomas und Sören haben die Veranstaltung begleitet. Es wurden jeweils Blumen, Süßigkeiten und Flyer verteilt. Es wurde auf die Verfassungsbeschwerde ELENA hingewiesen. Der Frühling der Freiheit sollte von den Kreisen weiterverfolgt werden, jeweils am Wochenende können Informationsstände betrieben werden. Die Flyer sind im Wiki, sowie unter www.vorratsdatenspeicherung.de Am 31.03. fand in Berlin eine Nachbereitung in Vorbereitung des Grundrechtefestes statt. Twittertag #fdf

http://wiki.piratenpartei.de/FrühlingDerFreiheit

Am 31.3. fand die Nachbereitung der Aktion in Berlin statt.

28.03.2010 Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Potsdam
Susanne und Sören waren da. Beschlüsse sind nicht gefallen. Die Anwesenden waren sich einig zum 19.9.2010 einen Bürgermeisterkandidaten in Potsdam zu stellen. Der Fahrplan sieht grob vor, dass bis Ende Mai ein Kandidat und die kommunalen Themen stehen sollen. Der Kandidat soll Ende Mai über

ein Casting gefunden werden. KV-Umfrage zu (kommunalen) Themen und Aktivitäten wurde ausgewertet.

http://blogs.piratenbrandenburg.de/potsdam/2010/03/13/mitgliederversammlung-am-27-03-2010/

31.03.2010 Märkisch – Oderland
Der Vorstand wurde neu gewählt. Sören war da. Herzlichen Glückwunsch vom Landesvorstand, wir wünschen eine gute Zusammenarbeit.

Bericht der Presseabteilung:

- Seite „Pressearbeit“ im Wiki angelegt (22.1.2010)
- Gründung AG PrÖA am 11.2.2010
    - bisher: 6 Treffen
    - aktuell: Erarbeitung Infoflyer zum LV Brandenburg (geplant, zum 17. April für Piratenkongress Pressemappe beilegen zu können)

- Interviews: TVAL zum Kreistreffen in Uckermark am 22.2.2010, RBB (Brandenburg Aktuell) zur VDS am 02.03.2010
- Hilfe bei Pressearbeit Untergliederungen (UM, OHV, MOL)
- Überarbeitung Wiki-Seite PHP
- regelmäßige Teilnahme an Treffen, Protokolle
- regelmäßige Teilnahme an Treffen Stadtverband Potsdam
- Umfrage 1 (Themen im KV) mit Justus gestaltet
- aktuell: Vorbereitung Umfrage 2 (OB-Wahl): Postkartenaktion kombiniert mit Online- Tool
- Teilnahme an Kreistreffen (21.2.2010)
- 24. April ist ein Workshop zu LiquidFeedback geplant

Sonstige Hinweise:

Plakatplatten:

NRW hat uns telefonisch informiert. Man sehe einer Lieferung/Bestellung von 13.000 Plakatträgern von ScandinaviaHolz entgegen. Stückpreis 0,50 Euro. Daher habe man sich im Landesverband um entschieden und sehe derzeit keinen Bedarf für weitere Plakatträger. Das Modell mit der Zirkulierung von Plakaten scheint verworfen. Der zuständige Ansprechpartner in NRW war zwischenzeitlich erkrankt und konnte das nicht früher mitteilen.

Datenschutz:

LDA hat den Bericht der letzten 2 Jahre zur Verfügung gestellt hat: http://www.lda.brandenburg.de/media/lbm1.a.1666.de/TB_15.pdf

Das Studium des Dokumentes als Arbeitsgrundlage wird empfohlen.

Bundestagswahl - Landeswahlleiter

Aufschlüsselung nach Ländern und demographischen Merkmalen.
http://www.wahlrecht.de/doku/daten/wahlen/bundestagswahl_2009_reprwstat_piraten_npd.pdf

ELENA

Zeichnungsfrist der Verfassungsbeschwerde ist zuende. Ähnlich viele Teilnehmer wie VDS. https://petition.foebud.org/ELENA

Themenhinweise:

Volkszählung:

Die Volkszählung 2011 ist anders aufgebaut als die von 1987. Es werden nur noch "wenige" Bürger direkt aufgesucht. Durch Auskünfte von Vermieter, Hausbesitzer, Melderegister, Erwerbsregister (BA) und Vermessungsbehörden werden Daten zusammengetragen und zu Haushaltegenerierungen (Zusammenführung der Daten von Einzelpersonen mit gemeinsamer Wohnung) herangezogen. Bis zu rund 3,5 Mio. Haushalte (rund 8 Mio. EW) der Republik sollen zu Haushaltsstichproben durch Interviewer aufgesucht werden (6-7% aller Mieter, sowie alle Eigentümer [17,5 Mio.]). Sollten die Haushalte den Hausbesuch nicht wünschen können sie die Umfrage schriftlich ausfüllen.
Eine Antwort ist Pflicht.

http://www.zensus2011.de/Statistik-Portal/Zensus/de_methode.asp

Die Motivation dahinter, man darf sie hinterfragen: Der Staat möchte zum Beispiel wissen welche Förderprogramme in Zukunft notwendig werden müssten, welche Bemessungsgröße für Vertretungsgremien und Finanzausgleiche herangezogen werden müssen. Regional soll die planerische Verteilung von Schulen, Kitas bewertet werden können.

Der Stichtag wird voraussichtlich der 9.5.2011 sein. Die vorausgehende Teststichprobe muss zu diesem Tag gelöscht sein. Die Auswertung wird durch das jeweilige Landesamt für Statistik betreut. Eine einheitliche Auswertung ist derzeit noch in Planung.

Nach Abschluss der Haushaltsgenerierung werden personenidentifizierende Daten gelöscht. Rund 18 Monate nach dem Zensus sollen die ersten Ergebnisse vorliegen. Der Zensus soll dann im 10 Jahresrhythmus stattfinden. Die Kosten wurden auf 500 Mio. Euro geplant, aktuell werden Kosten von 700 Mio. Euro vorausgesagt. Der entstehende Aktenberg wird 14 km Höhe betragen.

Rechtsgrundlage: http://www.zensus2011.de/Statistik-Portal/Zensus/de_rechtsgrundlagen.asp
Europäische Rechtsgrundlage: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32008R0763:DE:NOT
Haushaltsgenerierung: http://www.zensus2011.de/Statistik-Portal/Zensus/de_HHgenerierung.asp
Kosten: http://nachrichten.rp-online.de/article/politik/Kosten-fuer-Volkszaehlung-hoeher-als-veranschlagt/69795

Ursprünglich war vorgesehen den Zensus zur Korrektur der Melderegisterdaten zu nutzen, dass wurde aus verfassungsrechtlichen Gründen geändert. Mit dem Zensus 2011 soll das AGR (Anschriften-Gebäuderegister) aufgebaut werden, da es diesen so in Deutschland nicht gibt.

Maßstabsgebend für den Zensus 2011 ist das "Volkszählungsurteil" [15.12.1983] des BVerfG:

1. Recht auf informationelle Selbstbestimmung
2. Wahrung der Verhältnismäßigkeit von Einschränkungen der informationellen Selbstbestimmung im Rahmen öffentlichen Interesses an Daten
3. Anonymisierung von Datenerhebungen und angemessene statistische Zweckbindung

Es gelten das Statistikgeheimnis und der Datenschutz. Statistikdaten dürfen demnach nur nach dem Prinzip der Einbahnstrasse ausgewertet werden. Verwaltungsnutzungen werden also unterbleiben müssen.

Kommentierung Volkszählungsurteil:
http://www.bfdi.bund.de/cln_136/DE/GesetzeUndRechtsprechung/Rechtsprechung/BDSGDatenschutzAllgemein/Artikel/151283_VolkszaehlungsUrteil.html?nn=408912

Eine Zusammenfassung des Datensatzes findet man unter:
http://wiki.piratenpartei.de/Zensusdatensatz

Am Ende werden die Gemeinden also neue Einwohnerzahlen kennen, allerdings nicht wissen, woraus sich die Unterschiede zu ihrem Melderegister ableiten.

Die Argumentation im Rahmen personenscharfer Erhebungen von Sonderbereichen [Wohnheime, Gefängnisse, Notunterkünfte, Krankenhäuser ect.] in Bezug auf die Bedeutung der Einwohnerzahlermittlung vermag kaum überzeugen. Kein Zensus wird die buchhalterisch exakte Ermittlung der Wohnbevölkerung in regionalen Gliederungen leisten können, zum anderen, stellt die amtlichen Einwohnerzahlen im Rahmen des Finanzausgleichs nur eine Messgrößen dar. Eine anonyme [summarische] Erhebung solcher Bereiche würde kaum praktischen Ausschlag haben. Diese Erhebungsform dieser Bereiche ist verfassungsrechtlich bedenklich.

Weiterer Stein des Anstoßes im Bereich Datenschutz ist die Erhebung der Religionszugehörigkeit. Die europäische Verordnung sieht diese Erhebung nicht vor.

Der Fragebogen umfasst 12 Seiten und 57 Fragen. Der Datenschutzbeauftragte des Bundes sieht aktuell "Klärungsbedarf". Skeptisch stimmt dass die europäische Verordnung den Schutz sensibler Daten fast ausgelassen hätte.

Die Kritik der Piratenpartei bezieht sich auf:

a.) Braucht man diese Form der Datenerhebung?
b.) Prinzip der Datensparsamkeit?
c.) Problem der Datensicherheit?
d.) Missbrauchsgefahr und Begehrlichkeiten?

Generell kann man sich fragen wieso eine "Volkszählung" mit diesem Datensatz vorgenommen wird (Tag der Eheschließung, Begründung von Lebenspartnern, WC, Einkommen, Religion ect.). Es überwiegen wirtschaftliche Interessen an den Auswertungsergebnissen und regionalen Zuordnungen.

1. Die Idee ist, den bestehenden Flyer zur "Volkszählung" weiterzuentwickeln.

2. Zusätzlich eine Postkarte an den Vermieter zu gestalten, die die Beschaffenheit der Wohnung in den genannten Punkten neu darstellt. Es soll auf witzige Weise für den Vermieter ablesbar werden, dass man eine korrekte Darstellung der privaten Wohnungssituation nicht wünscht. Analoge Postkarten können für EW-Meldeämter, Arbeitsagentur etc. gestaltet werden. Die Postkarten sollen zum Nachdenken anregen.

3. Es kann eine Plattform aufgesetzt werden in der dieselben Fragen den MdBs des jeweiligen Wahlkreises zugesandt werden können. Die Plattform soll analog zu "Wir speichern zurück" funktionieren. Zum Beispiel: "Wir zählen zurück". MdBs die das Schreiben zurückschicken werden über Datenschutzbelange aufgeklärt und ermahnt. MdBs die das Schreiben nicht ausfüllen werden gefragt ob sie etwas zu verbergen hätten, wir würden gerne zu einer Stichprobe kommen. Das Ergebnis wird anonymisiert, der Fragebogen sollte amtlich aussehen zugleich aber klarstellen von wem es kommt und zu welchen Bedingungen.

4. Die Piraten veranstalten Informationsstände und klären darüber auf welche Daten im kommenden Jahr weitergeleitet und ausgewertet werden. Man wird die den 10 Jahresrhythmus des Zensus wahrscheinlich erst mittelfristig durchbrechen können.

Bundesparteitag:

Anträge an den Bundesparteitag

Einreichungsschluss für Programm- und Satzungsänderung: Freitag 16.04.2010 23:59:59. Anträge stellen kann jeder Pirat. Die Webseite befindet sich unter: http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik

Bildung

Steffen hat zwei Anträge Programmänderung eingereicht.

Bildung 1

http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik/Reform_der_Schulpflicht

Beantragte Änderungen

Antrag auf Ergänzung der bildungspolitischen Ziele: Die Piratenpartei setzt sich für eine Reformierung der in Deutschland praktizierten Schulpflicht in Form und Ausprägung als eine Schulanwesenheitspflicht ein.

Begründung

Keine der westlichen Demokratien hat heute noch ein derart rigides Schulanwesenheitspflichtmodell wie Deutschland. Die Zwangsverbringung von Kindern und Jugendlichen in staatliche Schulen bekämpft nur die Symptome und nicht die gesellschaftlichen Ursachen einer Schulverweigerung. Die Wurzeln einer Ablehnung der in Deutschland praktizierten Schulanwesenheitspflicht gehen jedoch noch viel tiefer. Betrachten wir einmal einen Ausschnitt der Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland ratifiziert hat: Artikel 14 (1) Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. (2) Die Vertragsstaaten achten die Rechte und Pflichten der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds, das Kind bei der Ausübung dieses Rechts in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise zu leiten.

Artikel 15 (1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln.

Artikel 28 (1)Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere a) den Besuch der Grundschule für alle verpflichtend und unentgeltlich machen b)die Entwicklung verschiedener Formen der weiterführenden Schulen allgemeinbildender und berufsbildender Art fördern, sie allen Kindern verfügbar und zugänglich machen und geeignete Maßnahmen wie die Einführung der Unentgeltlichkeit und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit zu treffen; e) Maßnahmen treffen, die den regelmäßigen Schulbesuch fördern und den Anteil derjenigen, welche die Schule vorzeitig verlassen, verringern. (2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Disziplin in der Schule in einer Weise gewahrt wird, die der Menschenwürde des Kindes entspricht und im Einklang mit diesem Übereinkommen steht.

Allein ein Studium der hier aufgeführten Fragmente zeigt, dass die in Deutschland praktizierte Schulanwesenheitspflicht schwerlich in Übereinstimmung mit der Kinderrechtskonvention zu bringen ist. Ein weiteres beachtenswertes Zitat in diesem Zusammenhang stammt von Prof. Dr. Franco Rest: „Nur in Deutschland, in islamischen / islamistischen Ländern und einigen unausrottbaren Diktaturen werden Eltern und Kinder existenziell bedroht und allem Privatunterricht einschließlich den Privatschulen das Leben so schwer wie möglich gemacht.“ (Quelle z.B.: http://www.netzwerk-bildungsfreiheit.de/html/aufsatz_prof__rest.html) Dieses zeigt deutlich, wo die historischen Wurzeln der Schulanwesenheitspflicht zu suchen sind, nämlich in den Bestrebungen totalitärer Staaten, die vollständige Kontrolle über die Kinder zum Zwecke der Indoktrination zu erlangen.

Bildung 2

http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik/Grundrechtseinschränkungen_in_Schulgesetzen

Beantragte Änderungen

Antrag auf Ergänzung der bildungspolitischen Ziele: Die Piratenpartei macht sich für eine Bildungspolitik ohne gesetzlich verankerte Grundrechtseinschränkungen stark und setzt sich für die Streichung entsprechender Paragraphen in den Schulgesetzen ein.

Begründung
Die im Grundgesetz verankerten Grundrechte sind das Rückgrat unserer freiheitlich- demokratischen Grundordnung, auf die wir mit Recht stolz sind und für deren strikte Wahrung wir uns als Piraten einsetzen. Insofern ist es besonders beschämend für unsere Demokratie, das diese Grundrechte für den heranwachsenden Bürger schon eingeschränkt werden und das auch noch durch Länderrecht. Dies vermittelt den jungen Menschen zum einen, dass ihnen von der Gesellschaft diese Grundrechte nicht zugebilligt werden. Andererseits, da diese Grundrechte durch Landesrecht außer Kraft gesetzt werden, wird den jungen Menschen ein Bild der Beliebigkeit unserer Gesetzgebung und auch der Achtung der Grundrechte vermittelt. Diesen Missstand gilt es abzustellen, auch gegen den Willen der etablierten Parteien (allen voran CDU und SPD), die für dafür verantwortlich sind. Die Grundrechte gelten für alle Mitglieder unserer Gesellschaft, unabhängig auch davon, ob sie 8 Monate oder 80 Jahre alt sind. Wir sollten uns um folgenden Sachverhalt bewusst sein: Wenn wir unsere Jugend durch die Einschränkung von Grundrechten schützen wollen, so werden sie später auch weniger Skrupel haben ihre gesellschaftlichen Probleme durch Grundrechtseinschränkungen zu lösen. Wenn wir die Grundrechte der Jungend aktiv schützen, dann werden sie später auch eher für den Schutz der Grundrechte Anderer eintreten. Und wir sollten auch nicht vergessen, das der ganzen Nachbarländer Deutschland, ja sogar eigentlich alle westlichen Demokratien bis auf Deutschland ihre Bildungspolitik ohne Grundrechtseinschränkungen durchführen.

Beispiel:

Brandenburgisches Schulgesetz §145 Einschränkung von Grundrechten:

Das Grundrecht der Freiheit der Person gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes sowie Artikel 9 der Verfassung des Landes Brandenburg wird nach Maßgabe der Bestimmungen über das Schulverhältnis und über die Schulpflicht eingeschränkt. Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes sowie Artikel 8 der Verfassung des Landes Brandenburg wird nach Maßgabe der Bestimmung über Untersuchungen eingeschränkt. Das Grundrecht auf Datenschutz gemäß Artikel 11 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg wird nach Maßgabe der Bestimmungen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten und über wissenschaftliche Untersuchungen eingeschränkt.

Schulgesetz NRW

§125 Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz werden eingeschränkt:

1. das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe des § 54 (Schulgesundheit),

2. das Grundrecht der Freiheit der Person gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes nach Maßgabe der §§ 34 bis 41 (Schulpflicht) sowie des § 42 Abs. 1 (Allgemeine Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis),

3. das Grundrecht der Pflege und Erziehung der Kinder gemäß Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe des § 36 Abs. 2 und 3 (Vorschulische Beratung und Förderung, Feststellung des Sprachstandes),

4. das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe des § 41 Abs. 4 (Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Schulpflicht).

Menschenrechte

Vorstand möchte Antrag erneut einreichen.

http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2009.1/Programmänderungsanträge/Menschenrechte

Antrag Menschenrechte:

Die grundlegenden Rechte jedes einzelnen Menschen sind das höchste Gut und Ausdruck unserer Menschlichkeit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, beschlossen und anerkannt von den Staaten der Vereinten Nationen, stellt dabei die umfassende und allgemein anerkannte Sammlung dieser Rechte dar. Die dort genannten Rechte sind unteilbar und gelten für jeden Menschen gleichermaßen, unabhängig von seiner Herkunft, seiner Religion, seines Geschlechts, seiner Kultur oder anderer Merkmale. Jeder Mensch muss sich frei entfalten können, ohne Repressalien zu befürchten. Jede Diskriminierung ist abzulehnen. Wir kämpfen dafür, die Menschenrechte national wie international durchzusetzen.

CSS Technologie

http://forum.piratenbrandenburg.de/viewtopic.php?f=29&t=82
Erarbeitet von Sebastian Pochert.

Der Bundesparteitag möge beschließen, die Anwendung und weitere Erforschung der CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture and Storage, deut: CO2-Abscheidung und -Speicherung) und damit die Endlagerung von CO2 im Boden sowie in Gewässern abzulehnen. Des Weiteren soll diese Ablehnung in das Parteiprogramm der Piratenpartei aufgenommen werden.

Begründung

Die Anwendung der CCS-Technologie ist wegen einer Vielzahl von Nachteilen, Gefahren und mehreren Alternativen strikt abzulehnen.

Konkrete Risiken für Mensch und Natur

Der Boden wird durch den erhöhten Brennstoffbedarf stärker ausgebeutet. Es würden mehr Tagebaue benötigt werden, sodass Landschaften noch schneller als bisher zerstört würden und ein noch höherer Schaden an Mensch und Natur angerichtet werden würde.

Die enormen Drücke, die erforderlich sind, um CO2 in die Erde zu pressen und dort dauerhaft zu lagern, können Erdbeben und andere geologische Ereignisse induzieren, die Erschütterungen weit über der Fühlbarkeitsgrenze auslösen können.

Unterirdisch gespeichertes CO2 kann geologische Instabilitäten weit über die Grenzen der Speicheranlage hinaus verursachen. Dadurch, dass mehr in den Boden gepumpt als daraus gefördert würde, würde der unterirdische Druck stark ansteigen. Der Boden könnte durch den stärkeren unterirdischen Druck angehoben und unregelmäßig verformt werden und dadurch Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden verursachen.

Durch chemische Reaktionen würden bestimmte Minerale chemisch verändert werden. In Versuchslaboratorien wurden Mineralzersetzungen, -veränderungen und -neubildungen beobachtet. Für gewöhnlich wird Gestein, das mit industriell bedingt verunreinigtem CO2 in Kontakt kommt, spröde und damit instabil.

Aus unterirdischen Lagerstätten austretendes CO2 lagert sich auf Bodenniveau ab, verdrängt die Luft und kann so Menschen und Tiere ersticken. Ein vergleichbares Ereignis ist in der Vergangenheit bereits eingetreten: Am Abend des 21. August 1986 setzte der Nyos-See, ein CO2-gesättigter Kratersee in Kamerun, aufgrund eines Erdrutsches schlagartig rund 1,6 Millionen Tonnen CO2 frei. Das Gas strömte in nördliche Richtung in zwei naheliegende Täler und tötete Menschen und Tiere in bis zu 27 km Entfernung vom See. Etwa 1700 Menschen und Tausende von Tieren verloren ihr Leben.

Die Risiken für Mensch und Umwelt im Falle eines Unfalls oder einer Leckage bei der Endlagerung sind größtenteils zu sehr unerforscht um die Technologie tatsächlich anzuwenden. Auch liegen noch zu wenige Erkenntnisse vor über Sicherheitsmaßnahmen, die nötig wären, um Schäden zu vermindern oder zu vermeiden.

Auch die Endlagerung im Meer ist abzulehnen:
Die Einleitung großer Mengen CO2 ins Meer kann massive ökologische Folgen haben, etwa durch Senkung des pH-Wertes oder die Bildung von „CO-Seen“ auf dem Meeresgrund, die das dortige Leben abtöten.

Bei der Einleitung ins Meer, könnte das gelagerte CO2im Laufe von einigen 100 bis 1000 Jahren durch Diffusion und Konvektion wieder in die Atmosphäre gelangen, sodass nur eine Verzögerung der Emission erreicht oder es im Extremfall sogar zu einer Erhöhung der CO2-Emission kommen würde, denn aufgrund des erhöhten Brennstoffeinsatzes wird mehr CO2 produziert als ohne Abscheidung.

Ökonomische Nachteile

Das Verfahren benötigt so viel Energie, dass bis zu 40% der Energie, die ein Kohlekraftwerk erzeugt, benötigt wird, um das CO2 abzuscheiden und zu transportieren. Dies reduziert die Effizienz der Kraftwerke und verursacht bei gleich bleibender Kraftwerksanzahl Energieversorgungsengpässe.

Werden deswegen mehr Kraftwerke errichtet, muss erheblich mehr Brennstoff gefördert werden, dessen Vorräte deswegen in noch kürzerer Zeit aufgebraucht sein würden.

Dieses Verfahren ist sehr kostenintensiv und möglicherweise erst ab 2020 oder noch viel später großindustriell einsetzbar. Bis dahin werden die erneuerbaren Energien als Stromquelle jedoch wesentlich stärker ausgebaut sein, weswegen damit begonnen werden könnte, konventionelle Kraftwerke stillzulegen.

Die Einlagerung ist irreversibel. Eingelagertes CO2 muss Jahrtausende lang sicher und leckagenfrei gelagert werden. Dies sicherzustellen ist aufgrund des finanziellen, technischen, materiellen und personellen Aufwands nicht durchführbar.
Es entstünden Ewigkeitskosten über mehrere 1000 Jahre aus Steuergeldern, da die Energiekonzerne nach 30 Jahren die Lagerstätten an den Bund und damit an die Steuerzahler übergeben. Dieser trägt dann das Haftungsrisiko und die Überwachungskosten.

Hohe direkte Subventionen werden für die Anwendung der CCS-Technologie an Energiekonzerne zu Lasten erneuerbarer Energien gezahlt.

Akzeptanz

Die Akzeptanz der Bevölkerung in den potenziell betroffenen Gebieten ist erwartungsgemäß sehr niedrig. In allen betroffenen Regionen gibt es mehrere Bürgerinitiativen, Arbeitskreise etc., die sich gegen die Anwendung der CCS-Technologie einsetzen.

Alternativen

Durch die CCS-Technologie möchten die konventionellen Energieversorger ihre Vormachtstellung behalten und das Verbrennen fossiler Brennstoffe akzeptabler machen, verhindern aber einen Ausbau neuer billigerer und umweltfreundlicherer Technologien. Dabei gibt es bereits Maßnahmen und Technologien die längst erheblich weiter ausgearbeitet, mit weniger Problemen behaftet und langfristig billiger und umweltfreundlicher sind.
Dies sind vor allem:

- Maßnahmen zur Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz.
- Die weitere Erforschung und Nutzbarmachung der Erneuerbarer Energien, wie Biomasseverstromung, Windkraft, Sonnenwärme und Sonnenstrahlung, Geothermie, Wasserkraftwerke etc.

Biologische Sequestrierung

Bäume betreiben oxygene Photosynthese und benötigen zum Wachstum das CO2 der Luft. Wälder sind aus diesem Grund die größten CO2-Speicher auf der Landoberfläche der Erde. Aus diesem Grund wirkt Entwaldung als CO2-Quelle. Seit Beginn der industriellen Revolution wurde ein Großteil der Wälder der Erde abgeholzt. Würde man diese wieder zu einem großen Teil aufforsten, würde man damit der Atmosphäre viel CO2 entziehen und in Bäumen binden.

Schlusswort

Da die Technologie aus genannten Gründen niemals angewandt werden darf ist nicht nur von einer Anwendung sondern auch von einer weiteren Erforschung abzusehen, da diese von den Steuerzahlern finanziert und dessen Geld verschwendet werden würde.

Weitere Anträge nach Kenntnis von Steffen:

Rico aktuell mit 4 Anträgen mit der AG Bauen und Verkehr (Bund) (http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik)
Christoph B.: Zwei Anträge in Vorbereitung. Ein Antrag auf Durchsetzung einer kostenlosen Schülerbeförderung (kurze Diskussion zum Thema) und ein Antrag auf kostenfreie Schülerspeisung.
Steffen: Ein Satzungsänderungsantrag in Vorbereitung zur Aufnahme des Datenschutzes in die Satzung (http://forum.piratenbrandenburg.de/viewtopic.php?f=41&t=79)

[d.] Veranstaltungsübersicht Zukunft

24.04.2010
Workshop zu LiquidFeedback an der Uni- Potsdam

01.05.2010 Senftenberg
Anlass ist ein Aktionsbündnis das sich sozialer Ungerechtigkeit widmet. Es wurde dort vorgeschlagen einen Informationsstand zum Thema ELENA / Gläserner ALG - Empfänger zu betreiben. Ein Sarg für symbolische Darstellungen sei vorhanden. Arne arhi@piratenbrandenburg.de ist Ansprechpartner.

01.05.2009 Grillen
Das Angrillen am 1.5.2010 wird zugunsten der üblichen Maidemonstrationen abgesagt.

02.05.2010 Internationaler Tag der Arbeitslosen
Nachdem Tag der Arbeit findet der Tag der Arbeitslosen statt. Wir wünschen eine rege Teilnahme. Ansprechpartner ist Ron Matz. ron@piratenbrandenbburg.de

http://www.geissel-der-menschheit.de/

Ron gibt einige Erläuterungen zum Thema: Die Veranstaltung ist als Alternative zum 1. Mai gedacht und wird von Befürwortern des BGE durchgeführt. Er stellt eine kabarettistische Infragestellung des 1. Mai als Feiertag der Erwerbstätigen dar.
Hinweis Susanne: über Berliner ML könnte man "zusätzlich" informieren, da es dort auch etliche Befürworter des BGE gibt.

April 2010 - Infostände „Frühling der Freiheit“
Es wäre gut wenn der Frühling der Freiheit praktisch weiterverfolgt wird. Ganz einfach Informationsstand anmelden. Raus auf die Strasse. Flyer mitnehmen und die Bürger über informationelle Freiheit informieren.

http://wiki.piratenpartei.de/FrühlingDerFreiheit

April 2010 - 65. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager und Folterstätten in Brandenburg

Veranstaltungen – 13. bis 25. April 2010 (Stichwort: rosa Winkel)

Die Veranstaltungen zum 65. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager und Folterstätten im Land Brandenburg nutzen der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Berlin-Brandenburg und zahlreiche Brandenburger Lesben- und Schwulengruppen dazu, auch an die wegen ihrer Homosexualität verfolgten Männer zu erinnern.

Vom 13. April bis zum 25. April finden an sechs Orten Gedenkveranstaltungen statt. In Brandenburg (Havel) wird zum ersten Mal an die homosexuellen Exekutions-Opfer des Zuchthauses Brandenburg-Görden erinnert, Mitveranstalter ist die Gruppe "Queer an der Havel". In Wittstock (Dosse) wird im weiteren Verlauf des Jahres eine Ausstellung an den überlebenden Rosa-Winkel-Häftling Walter Timm erinnern, der nach der Befreiung vom Todesmarsch seine neue Heimat in der Prignitz fand; diese Ausstellung des LSVD wird auch von der Potsdamer Organisation AndersARTiG begleitet. Beim dezentralen Gedenken in der Gedenkstätte Sachsenhausen erinnert der LSVD an Walter Schwarze und das dezentrale Gedenken an das Männerlager in Ravensbrück wird sich nach den Veranstaltungen zum 60. und 61. Jahrestag erneut dieses bislang eher zu gering beachteten Lagerbereichs annehmen, hier beteiligen sich die Gruppe UM-Queer e.V. aus Templin und der

Hollerhof (Zehdenick). Als Auftakt der Veranstaltungen erinnert der LSVD gemeinsam mit der Stadt Oranienburg am 13. April an das frühe KZ Oranienburg, das im Zentrum der Stadt gelegen war.

Die Gelegenheiten, gemeinsam mit Überlebenden des nationalsozialistischen Terror-Regimes der Gräueltaten der Nazi-Herrschaft zu gedenken, werden geringer, je weniger Überlebende noch aus eigenem Erleben berichten und damit die Erinnerung wach halten können. Für die Verfolgtengruppe der wegen ihrer Homosexualität Verfolgten ist es kaum noch möglich, mit überlebenden Zeitzeugen für die Schreckenszeit in Brandenburg zusammenzukommen. Nach Kenntnis der Historiker lebt niemand mehr, der im Konzentrationslager Sachsenhausen, im Männerlager Ravensbrück oder im Zuchthaus Brandenburg von den Nazis geknechtet, gefoltert und misshandelt wurde. Diese absehbar wenigen Gelegenheiten, zumindest von Angehörigen anderer Verfolgtengruppen noch authentische Berichte hören zu können, sollte auch die homosexuelle Community nicht verstreichen lassen. Zugleich gibt es noch immer Orte des Schreckens, die in ihrer Bedeutung für das Schicksal homosexueller Männer nicht annähernd beachtet und bedacht sind. Deshalb wollen der LSVD und die Gruppen im Land Brandenburg zum 65. Jahrestag der Befreiung an diesen Orten nicht nur präsent sein, sondern auch an das Verfolgungsschicksal der homosexuellen Männer erinnern. Die in diesem Zusammenhang relevanten Gedenkveranstaltungen sind (in der Reihenfolge der Veranstaltungsdaten):

- Gedenkveranstaltung für das frühe KZ Oranienburg - 13. April 2010, 16.00 Uhr Gedenkstein in der Berliner Straße, 16515 Oranienburg
- Gedenkveranstaltung für den Todesmarsch - 16. April 2010, 14.00 Uhr, Todesmarsch-Museum, Belower Damm 1, 16909 Wittstock (Dosse)
- Gedenkveranstaltung für das KZ Ravensbrück - 18. April 2010, 10.00 Uhr, (Erinnerung an das Männerlager: 12.00 Uhr) Gedenkstätte Ravensbrück, Straße der Nationen, 16798 Fürstenberg
- Gedenkveranstaltung für das KZ Sachsenhausen - 18. April 2010, 14.00 Uhr, Gedenkstätte Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg
- Gedenkveranstaltung für das Außenlager Klinkerwerk - 19. April 2010, 10.00 Uhr, Gelände des ehemaligen Klinkerwerks, 16515 Oranienburg
- Gedenkveranstaltung für das Zuchthaus Brandenburg - 25. April 2010, 12.00 Uhr, JVA, Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg (Havel)

Nach dem jeweiligen Planungsfortschritt werden die Angaben auf der Website http://www.rosa-winkel.de aktualisiert. Dort finden sich auch Informationen zu den Gedenkveranstaltungen früherer Jahre.

Für die Veranstaltungen in den Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen wünschen sich die Initiatoren Blumengebinde, die dezentral auf dem Gelände des Männerlagers (Ravensbrück) und am Gedenkstein im Zellenbauhof (Sachsenhausen) niedergelegt werden. Für die Teilnahme an der Veranstaltung in Brandenburg (Havel) ist ein Personalausweis erforderlich (Zugang zur JVA).
Eine Vereinnahmung durch Parteien wird nicht gewünscht (Fahnen etc.) Jedoch seriöse Kleidung (ein Sticker am Revers ist wohl möglich) wird erwartet.

17.04.2010 Piratenkongress
siehe Pressemitteilung (LF-Beitrag)
Aktueller Stand der Vorbereitungen: A. Nitzsche aus Berlin wurde wegen einer Einführung in LiquidFeedback angefragt und hat kurzfristig zugesagt. Der im Nachgang geplante Workshop ist in Vorbereitung. Die HSG hat dazu schon einen Raum reserviert. Zielgruppe des Workshops sind einerseits interessierte Studenten und natürlich die Piraten unseres LV.
Weiterhin haben zugesagt: Ralf Bös, Edgar Schuh und Prof. Grottian, so das eine interessante Veranstaltung zu erwarten ist.
Zusätzlich wird Steffen eine Einführung in das EU- Überwachungsprojekt INDECT geben.
Susanne und die AG werden die Pressearbeit übernehmen bzw. sind schon dabei.

Kommend: LF-Workshop PHP und Ankündigungsflyer
Ziel: Testbetrieb von LiquidFeedback im LV.

Kommend: Organisatorische Begleitung OB-Wahl Potsdam
- Postkarten werden gestaltet, Justus kümmert sich darum (auch um die Bestellung)

- Ziel Kandidatenvorschläge (eigene oder Unterstützens Werte), Bisher kein Pirat als Kandidat gefunden
- Wahl im September
- Unterschriftensammlung etwa ab Juli

[e.] Verschiedenes zu Finanzen

Stand: 4300,-Euro, ca. 350 Mitglieder

Hinweis an Mitglieder mit ermäßigte Beiträgen:
Es ist das Formular für ermäßigte Beiträge gemäß Bundesvorstandsbeschluss für 2010 in der Landesgeschäftsstelle einzureichen. Betroffen ist jedes Mitglied mit ermäßigten Beitragsabsichten. Der ermäßigte Betrag beträgt 12,- Euro (1,- je Monat). Mahnungen kommen mit dem Osterhasen.
http://wiki.piratenpartei.de/2010-01 21__Vorstandssitzung#TOP_3_Beitragsminderungsprocedere

Hinweis Konten
Landkreise sind verpflichtet selbstständig Konten zu eröffnen. Die Kreisschatzmeister sind seit einigen Wochen informiert.

Hinweis Mitgliedsausweise
Wurden in Braunschweig angegangen und werden nach Kenntnis derzeit mit den Einladungen BPT zugeschickt. Es soll alles auf dem Weg sein, Skepsis ist jedoch nach den Erfahrungen durchaus angebracht.

Hinweis Steuererklärung
Wurde eingereicht.

Hinweis Zugang CiviCRM (Bundesmitgliederverwaltung)
Besteht wieder. Störung wurde behoben. Es gab wohl Probleme mit den Zertifikaten.

Hinweis an die Kreisschatzmeister
Die KV-Schatzmeister werden um kurze Sachdarstellung zum Stand der Rechenschaftslegung 2009 gebeten. Es müssen alle Satzungen, Protokolle eingereicht werden. Der Mitgliederstand ist ggf. zum 31.12.09 darzulegen. Diejenigen KV, die ihren Abschluss vorerst fertig gestellt haben senden diesen bitte an den LV zu oder reichen nachträglich Fehlanzeigen ein. Spenderanschriften ggf. nicht vergessen. Bei Einnahmen: Abschlüsse der KV reicht ein Amerikanisches Journal. Der neue KSM von MOL ist schon instruiert.

Telefonverbindung Geschäftsstelle
Telefonnummer: 0331-279753021
Faxnummer:0331-279753020
Es muss erneut darauf hingewiesen werden, dass für Termine eine Voranmeldung notwendig ist.

Beschluss Vereinsbeitritt
Die LV bestätigt per Beschluss die Mitgliedschaft im Jugendherbergsverband. Der Jahresbeitrag (für bis zu 8 Personen) beträgt 27,50€. Einstimmig angenommen.

Beschluss Verlängerung Mietvertrag
Schatzmeister teilt mit, dass der Vertrag sich automatisch jeweils um 3 Monate verlängert.

Der Mietvertrag wird weitergeführt und in 3 Monaten auf Weiterbestehen geprüft. Einstimmig beschlossen.

Beschluss Liste der Ausgaben / Sammelbeschluss:
Freigabe 100 Euro aus Spende für die Einrichtung der Geschäftsstelle (vorrangig ein Schrank soll beschafft werden).
Einstimmig beschlossen.

Fahrkosten Ron Matz zu Vorstandssitzungen werden erstattet. Jeweils 20 Euro.
Beschlossen mit 4 Ja und einer Enthaltung (Ron).

Freigabe Bezahlung Raum Piratenkongress. Die Ausgabe beläuft sich auf etwa 220, wobei Kaution enthalten ist. Endkosten eventuell geringer.
Einstimmig beschlossen.

Anmerkungen: Es sollte wenigstens für Kaffee und Wasser gesorgt werden. Ron will sich darum kümmern und dazu auch mit der (anwesenden) AG EventCrew noch gesondert Kontakt aufnehmen. Unter den Gästen kam Unruhe auf, da dies nicht gleich geschah.

[f.] Sonstige Belange / Anträge

Grundsätzlich Anmerkung zu dem Block. Ab hier wurde den Gästen das Rederecht eingeräumt. In teilweise recht emotional geführten Diskussionen wurde leider manchmal der Rahmen der höflichen Umgangsformen überschritten (Der Protokollführer hat sich für seinen Anteil daran mittlerweile öffentlich auf der ML entschuldigt- Mail vom 2. April 8:31 Uhr).

Antrag 2010.3

http://wiki.piratenbrandenburg.de/Vorstand/Antrag/2010.3

Auf Nachfrage erklärt der Vorstand, dass es keine Sitzungen des Landesvorstandes gab, zu denen nicht öffentlich eingeladen wurde.

Beschluss: Die Inhalte der Vorstandssitzung vom 5.1.2010 werden mit Datum vom 01.04.2010 bestätig und geheilt. Ergebnis: einstimmig.
Die Vorstandssitzung wurde nicht rechtzeitig auf den zweiten Weg im Wiki angekündigt.

Zu den Einzelnen Unterpunkten des Antrages:

1. Zu Vorstandssitzungen ist gemäß der Geschäftsordnung mindestens 7 Tage vorher, in begründeten Einzelfällen mindestens 3 Tage vorher, mit Zeit und Ort allgemein einzuladen. Abstimmung: 4 Ja, eine Enthaltung – damit angenommen.
2. Vorstandssitzungen finden, soweit sie als Realtreffen abgehalten werden, an einem Ort statt, wo eine konzentrierte Sitzung ohne erhebliche Lärmbelästigung möglich ist. Einstimmig angenommen.
3. Vorstandssitzungen sind gemäß Satzung des Landesverbandes Brandenburg parteiöffentlich. Sitzungen, an denen die Mitglieder nicht teilnehmen können, finden nicht statt. Beschluss des Landesvorstandes: Da es unter den Anwesenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Definition einer Landesvorstandssitzung gibt, wird die Klärung der Definition Landesvorstandssitzung an die Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung delegiert. Ergebnis: 4 mal Zustimmung, eine Enthaltung. Der Beschluss wurde angenommen.
4. Alle Vorstandssitzungen - sei es reale Sitzungen, virtuelle Sitzungen oder Telefonkonferenzen - sind zu protokollieren. Abstimmung: 4 ja und eine Enthaltung. Antragspunkt angenommen.

Antrag 2010.4. (Sven Weller/ Michael Hensel)

Behandlung der einzelnen Punkte.

2010.4.1

Die Unterkonten bei der GLS Bank für die 5 Kreisverbände sind durch den Landesschatzmeister unverzüglich einzurichten und es soll aufgeklärt werden, warum es bis heute keine Unterkonten gibt.
Begründung: Das Einrichten der Unterkonten zieht sich bereits über Monate. Die 5 Kreisverbände können nicht wirklich politische Arbeit leisten, da sie keine finanziellen Mittel haben. Dazu gibt es keinerlei Aussagen, warum es zu der Verzögerung der Einrichtung der Unterkonten kam und es wurde die temporäre Eröffnung von privaten Konten für die Kreisverbände durch den Landesschatzmeister nachweislich empfohlen.
Erklärung Sören: Kreiskonten: Jede Untergliederung die einen Vorstand aufgestellt hat, hat diesen automatisch verpflichtet ein Konto zur Buchführung zu eröffnen. Der ursprünglich kooperative Zugang zu Unterkonten unter Teilhaftung des Landesverbandes wird seit Wochen nicht weiterverfolgt und wurde den KV Schatzmeistern über den Verteiler mitgeteilt. Der Verband kann die Mithaftung für Landkreise nur unter sachlichen Rahmenbedingungen tragen. Ein Bankenwechsel des Landesverbandes ist daher kein Gegenstand des Landesvorstandes. Jeder Untergliederung ist verantwortlich sich mit einer Bank in Verbindung zu setzen und den Untergliederungen anderer

Landesverbände nachzuziehen. Beratende Hilfe geht/ging den Kreisschatzmeistern dahingehend gerne zu.
Es kam an dieser Stelle wieder zu heftigen, teils unsachlichen Diskussionen (siehe auch generelle Anmerkung an Beginn des Teils).
Auf Nachfrage wurde von Sören erklärt, dass es durch das mehrstufige Verfahren der GLS inkl. der zeitlichen Verzögerung bei der Unterschriftensammlung zu den langen Wartezeit kam. Als Übergangslösung wurde den Kreisen die Eröffnung privater Konten empfohlen. Mögliche Probleme wurden diskutiert.
Der aktuelle Stand ist, das die Kreise eigenständig Konten eröffnen müssen.
Es wird festgestellt, das sich der Antrag damit durch Zeitablauf erledigt hat.

2010.4.2

Wenn dies bei der GLS nicht zeitnah möglich ist, soll die Bank für den Landesverband wechseln und bei dieser ist ein neues Landeskonto mit Unterkonten für die Kreisverbände einzurichten.
Begründung: Wenn die Eröffnung von Konten bei der GLS-Bank auch bei neu gegründeten Gebietsverbänden derart lang benötigt, wird damit die Arbeit der einzelnen Gebietsverbände gelähmt.

Es wird festgestellt, dass sich auch der Antrag durch den Zeitablauf erledigt hat (siehe Erläuterungen zu 2010.4.1)

2010.4.3

Der Tätigkeitsbericht (inkl. finanzieller Teil) vom LPT Okober 2009 soll unverzüglich dem Protokoll des LPT hinzugefügt und veröffentlicht werden, wie es auf der Vorstandssitzung am 05.01.2010 durch Axel und Sören in Aussicht gestellt wurde.
Begründung: Der Tätigkeitsbericht ist gemäß Landessatzung in schriftlicher Form den Mitgliedern auf dem LPT auszuhändigen. Die Aussage gemäß Antrag 2009.8, dass der Tätigkeitsbericht in der Mitglieder-Mail am 31.12.2009 versendet wurde, ist nicht korrekt. Auf der Vorstandssitzung ist seitens des Vorstandsvorsitzenden und des Landesschatzmeister dies in Aussicht gestellt worden, da der restliche Vorstand sich dem nicht verpflichtet fühlt (da alter Vorstand). (Punkt 2009.8)

Erklärung durch Sören: Ein entsprechender Link wurde mittlerweile angelegt, Das Dokument wird nach dem Mahnlauf nächste Woche definitiv eingestellt.

Abstimmung: 5 Enthaltungen, der Antrag gilt daher als abgelehnt

Anmerkung: Leider wurde in der Diskussion der Ton unfreundlicher

2010.4.4
Die Finanzen des Landesverbandes sollen unverzüglich zu jedem 15. eines Monats im Wiki veröffentlicht werden.
Begründung: Der Bundesparteitagsbeschluss vom Juni 2009 lautet:
Der Bundesparteitag möge die für die Buchführung zuständige Person dazu verpflichten in der ersten Hälfte eines jeden Monats eine aktuelle Übersicht über sämtliche Kontobewegungen der Partei zu veröffentlichen. Namen von Personen sind dabei aus Datenschutzgründen zu schwärzen.. Seit Ende September ist keinerlei Veröffentlichung von Finanzständen durchgeführt worden.

Emotionale Diskussion!
Erklärungen von Sören: Einnahmen und Ausgaben sind unter Spenden aufgeführt. Bei den Sitzungen des Landesvorstandes wurden (außer bei der Mumble- Sitzung) die Kontostände jeweils erwähnt. Die KSM wurden verschiedentlich per E-Mail informiert, auch um das Funktionieren der Kommunikationsstruktur (Verteilung der Informationen) zu testen.
(hier noch der vorbereitete Wortlaut der Erklärung von Sören, inwieweit diese Erklärung vorgetragen/verstanden wurde, ist leider auf Grund der Diskussionen nicht mehr schlüssig. Der Einschub ist daher nur ergänzend: Veröffentlichung: Eine Verpflichtung einen Termin zu Veröffentlichungen der Finanzen zu wahren ist für ehrenamtliche Organisationen kaum praktikabel noch rechtlich erforderlich. Die Finanzen werden seit Januar auf der Spendenseite aktualisiert, vorher in Vorstandsprotokollen und früher im Wiki.)

Fragen: Warum wird auf der HP veröffentlicht, wo ist der Link im Wiki
Bezüglich des Bundesparteitagsbeschluss wird auf eine Stellungnahme verwiesen (der Protokollführer nimmt an, das es sich dabei um diese handelt: http://www.piratenbrandenburg.de/wp-content/uploads/2009/03/AnmFA.pdf)
Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

2010.4.5

Die Kreisverbände sollen unverzüglich die Anteile der Mitgliedsbeiträge der Piraten erhalten, sobald die Unterkonten eingerichtet sind. Zu überweisen sind die vollständigen offenen Forderungen inkl. der ersten Monate des Jahres 2010 bis zur Eröffnung des Kontos nebst benötigten Nachweisen.
Begründung: Die Kreisverbände sind ansonsten nicht handlungsfähig. Zudem müssen sich die Kreiskassierer auf die Aussagen des Landesschatzmeisters verlassen, wenn benötigte Unterlagen oder Beschlüsse nicht mit übergeben bzw. veröffentlicht werden (zB. Beitragszahlungen / Minderungen). Ohne Nachweise gibt es keine offiziellen Minderungen, sondern lediglich von einer Einzelperson getätigte Entscheidungen, die durch keinen Beschluss oder der Satzung gedeckt sind. Das die offenen Forderungen seitens der Kreisverbände höher ausfallen, als vom Landesschatzmeister angedacht, sollte naheliegend sein.

Erklärung zu den Umlagen: Anteile der Kreisverbände können nach dieser jeweiligen Kontoeinrichtung vorgenommen werden. Die Überweisung ist Teil der Satzung und Teil der Wirtschaftsprüfung. Es ist daher ausgeschlossen, dass dies nicht entsprechend vorgenommen wird.
Der KV Brandenburg adH hat bisher als einziger ein Konto eröffnet. Die Umlagen wurden dann sofort überwiesen.

Beschlussfassung: einstimmig angenommen

2010.4.6

Der Landesschatzmeister soll angewiesen werden, sich primär um die Belange und Aufgaben seines Amtes zu kümmern, in die er sich hat aus freien Stücken wählen lassen.
Begründung: Das Amt eines Schatzmeisters ist das einzige Amt, welches im Voraus ein Arbeitsgebiet zugewiesen wurde. Die Annahme der Wahl in dieses Amt (auch wenn es ein Ehrenamt ist) bringt die Verpflichtung mit sich, die finanziellen Geschäfte des Landesverbandes zu verbuchen/tätigen und sich an Satzung, Parteitagsbeschlüsse, Parteiengesetz und den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung zu halten.

In der wiederum emotional geladenen Diskussion wird von mehreren Mitgliedern des Landesvorstand Sören das Vertrauen ausgesprochen. Er ist Pirat wie jeder andere und hat ebenso das recht sich an anderen politischen Aktionen zu beteiligen

Antrag einstimmig abgelehnt.

2010.4.7

Der Landesschatzmeister soll das Dokument bezüglich Beitragsermäßigungen dem Vorstand und den Vorständen der Kreisverbände vorlegen, welches ihm der Bundesvorstand (oder ein Mitglied dessen) übergeben haben soll.
Begründung: Dieses Dokument soll den Landesschatzmeister per Delegation oder Ermächtigung das Recht erteilen, ermäßigte Beiträge festzusetzen. In einer anderen Aussage soll dieses Dokument ihn bzw. den Landesvorstand ermächtigen, darüber eigenständig zu beschließen. Weder in Bundes- noch Landesvorstandsprotokollen ist je ein Beschluss bezüglich geminderter Beiträge aufgetaucht, so wie es die Bundesfinanzordnung (§2 Mitgliedsbeitrag (3)) vorsieht. Dort steht, dass der Bundesvorstand über einen begründeten Antrag auf Beitragsminderung beschließt. Der Antragsteller ist nicht gegen Minderungen, sondern für Einhaltung der Satzung und des festgelegten Ablaufes.

Erklärungen: Es gibt einheitliche Regelungen im Bund, gerade für 2010 ist ein Procedere und Antragsmuster vorhanden. Die Anträge müssen ausgefüllt an die Landesgeschäftsstelle gesandt werden, werden dort gesammelt und zur Bestätigung an die Bundesgeschäftsstelle weiter geleitet.

Für 2009 ist die Frage nach den Ermäßigungen Teil eine laufenden Verfahrens am Bundesschiedsgericht.
Der Vorstand bezieht wegen dem laufenden Verfahren zu dem Antrag derzeit keine Stellung.

2010.4.8

Ein weiteres Vorstandsmitglied soll ab sofort das Vier-Augen-Prinzip in Finanzangelegenheiten ausüben.
Begründung Die Landessatzung sieht dies in 1.6.1 (14) explizit vor. Es gibt keine Absicherung durch ein weiteres Vorstandsmitglied in Sachen Umgang mit den Finanzen und der Landesverband erfährt dadurch schwerwiegende Probleme.

Diskussion um das Vier- Augen Prinzip und die Sinnhaftigkeit der Regelung in der Landessatzung.

Beschluss: unter der Prämisse, eine geeignete Person zu finden, wird der Punkt umgesetzt.
Einstimmig angenommen.

2010.4.9
Die AG Satzung soll wieder eröffnet und jedem Mitglied eine Mitarbeit gestattet werden.
Begründung: Die Landessatzung hat große Lücken und Widersprüche, die schnellsten geklärt werden müssen und der Vorstand verschleppt einen Satzungsparteitag seit Oktober 2009.

Durch Zeitablauf erledigt.

2010.4.10.

Es soll ein Satzungsparteitag vor dem Parteitag im Oktober 2010 angesetzt und vorbereitet werden.
Begründung: siehe 2010.4.9

Einstimmig angenommen

2010.4.11
Es soll auf dem kommenden Piratenkongress im April ein TO-Punkt eingeführt werden, der der Aussprache im Landesverband dient, um ein konstruktives Arbeiten im gesamten Landesverband wieder zu ermöglichen.
Begründung: Die Aussprache ist deswegen anzusetzen, um Grabenkämpfe und Anfeindungen entgegen zu wirken und damit die Protagonisten wieder miteinander reden. Es ist keinerlei politische oder parteiinterne Arbeit mehr möglich, wenn durch Mails oder einseitige Telefonate oder Rapports am Handy oder Gerüchten und Unterstellungen (vornehmlich einseitiger Informationsquellen) gegen Mitglieder kommuniziert oder agiert wird.

Der Piratenkongress ist eine öffentliche Veranstaltung mit anderer Zielsetzung.
Beschluss: Einstimmig abgelehnt

2010.4.12
Ein Mitglied des Vorstandes soll benannt werden, der nur für Strukturarbeit zuständig ist und somit die Kreisverbände und noch zu gründenden Kreis- bzw. Gebietsverbände unterstützt. Ebenso soll dieser für die Organisation und Koordination von Stammtischen in Verbandslosen Gebieten zuständig sein. Als Vorbild sei hier der Landesverband Sachsen erwähnt.
Begründung: Die Strukturarbeit im Landesverband ist immer nur auf Basisinitiative zurückzuführen und erfährt keinerlei Förderung durch den Landesvorstand, was keine Ernsthaftigkeit als politische Organisation erkennen lässt, welches unabdingbar für einer Partei ist.

Beschluss des Vorstandes: Aus Gründen der Ehrenamtlichkeit teilt sich der Vorstand die Aufgaben bei der Strukturarbeit Wir unterstützen die Strukturarbeit, jedoch ist das Organisieren von Stammtischen nicht eine originäre Aufgabe eines Landesvorstandes.
Der Beschluss wurde mit 4 ja Stimmen und einer Enthaltung angenommen

2010.4.13
Der Vorstand soll sich einen Fahrplan geben, was er bis zum Landesparteitag im Oktober 2010 an Projekten, politischen Zielen und Aufgaben noch erfüllen bzw. umsetzen möchte.
Begründung: Der Vorstand führt selber keinerlei Kommunikation nach innen aus und informiert nicht transparent über seine Projekte und selber gesteckten Aufgaben bzw. lässt dies nicht erkennen. Es ist eine Inaktivität zu verzeichnen, es ist kein Plan oder Ziel erkennbar, wohin die Piraten im Land Brandenburg wollen.

Teile eines Fahrplanes wurden in dieser Sitzung vorgestellt. Hinzu kommt, dass durch den BPT im Mai in Bingen weitere Aktionen notwendig werden. Daher stellt der Vorstand fest, dass die Terminierung und auch Zielsetzung ein dynamischer Prozess ist, wobei auch Mitarbeit von der Basis (aktiv und reaktiv) erwartet wird.
Es erfolgt keine Abstimmung.

2010.4.14
Die AG Arbeit soll ab sofort koordiniert und nachhaltig angeschoben werden. Hierzu muss das dafür benannte Vorstandsmitglied seinen Pflichten nachkommen.
Begründung: Am Beispiel der schlafenden AG`s ist zu sehen, dass ein Interessenloses Verhalten seitens des Vorstandes zu Tatenlosigkeit seitens der Basis führt und es ist demotivierend, dass keinerlei inhaltliche, politische Arbeit mehr im Landesverband angeschoben wird.

Diskussion:
Ron: Falsche Aussagen. Vieles wurde angestoßen, Arbeit muss aber durch die Leute erfolgen die in den AGs sind. Der LaVo stellt dem keine Hindernisse in den Weg.
Sven: Beispielsweise Arbeitstreffen der AGs kann der LaVo einberufen
Steffen: Arbeit kann auch in anderen Medien erfolgen, nicht nur auf Treffen
Bastian: wenn die AG dümpelt sollte man aber auch nachfragen ob noch was passiert - :Beispiel an der AG Technik. Thomas kann dazu nicht Stellung nahmen, da er krank ist
Steffen erklärt, das er absichtlich die Evaluierung zögerlich angegangen ist, da er nicht von oben herab AG's schließen will und den weniger bis inaktiven AG's Zeit über den Winter zur Findung einräumen wollte. Außerdem will er die Kriterien mit den Koordinatoren besprechen, davon gabe es bis vor kurzem nur Wenige.
Susanne dafür (begrüßt AG-Arbeit, Empfehlung an den Vorstand sich einzubringen), Steffen hat sich bemüht, die AG-Bildung wiederzubeleben.
Ron: Antrag unterstellt dass das zuständige LaVo-Mitglied seinen Pflichten nicht nachkomme.
Susanne: was wird von dem AG-Koordinator erwartet?
Bastian: wenn er es nicht selbst schafft, delegieren
feste Regeln für AG-Koordination werden nicht begrüßt
Susanne: Zusammensetzen um zu klären, was sind die Pflichten des Koordinators, Telefon/Mumblesitzungen mit den einzelnen AG-Koordinatoren von Steffen angeregt, Außerdem soll es eine gemeinsame (Mumble-)Sitzung Vorstand- AG Koordinatoren geben, zur Klärung unterschiedlicher Fragen, wie zum Beispiel, welche Form die Koordination annehmen soll.
Hinweis Susanne, dass bereits in Vorstandsitzung vom 5.12. 09 Rechte und Pflichten von AGs in derzeitiger Form erarbeitet wurden"
http://wiki.piratenbrandenburg.de/Vorstand/Protokolle/05.12.09#TOP_7_-_Arbeitsgemeinschaften_.2F_Arbeitsgruppen

(Anmerkung Protokollführer: Ich habe meine Erinnerung an der Mitschrift von Eik Wassberg aufgefrischt- vielen Dank an Eik)

Beschluss: Es wird empfohlen, eine Klärung der Aufgaben des Beauftragten LaVo- Mitgliedes im Rahmen einer gemeinschaftlichen Konferenz von Landesvorstand und AG Koordinatoren per Mumble herbeizuführen. Einstimmig beschlossen.

Hinweis des Landesvorstandes: AGs haben derzeit keine Befugnis, autonome Pressearbeit zu leisten (Wir verweisen als Negativbeispiel auf Falschdarstellung in Folge des AG-Arbeitstreffens bzgl. des Initiator der ELENA-Petition in der Märkischen Oderzeitung).

2010.4.15
Jede Vorstandsitzung soll live mittels PiratenPad protokolliert und die Aufgabe des/der Protokollanten oder des Schriftführers im Landesvorstand fest vergeben werden.
Begründung: Es ist bis heute kaum ein zeitnahes Protokoll der Vorstandsitzungen veröffentlicht worden, welches ausführlich und neutral von den Sitzungen berichtet. Viele Kreise, Kreistreffen, Landestreffen haben gezeigt, dass mit wenig Aufwand dies zu verwirklichen ist.

Piraten- Pad hat derzeit technische Schwierigkeiten. Auch lehnt der Vorstand eine feste Vergabe der Protokollfunktion grundsätzlich ab.

Antrag mit einer Enthaltung und 4 Gegenstimmen abgelehnt.

2010.5. zurückgezogen

Antrag 2010.6

http://wiki.piratenbrandenburg.de/Vorstand/Antrag/2010.6

Antrag 2010.6 ist noch nicht offiziell eingereicht. Der Vorstand wünscht daher, das er solange noch nicht in der Antragsstruktur auftaucht, wie er noch nicht eingereicht ist.

Auf die Frage, ob der Antrag vom Vorstand zur Zeichnung an die Mitglieder verteilt wird, konnte keine Abschließende Auskunft erteilt werden. Seitens der Vorbereiter des Antrags wird auf §37 BGB sowie das Urteil des OLG Saarbrücken NZG08, 677 verwiesen. Der Vorstand erklärt, sich erst dazu kundig machen zu müssen, bevor er Stellung dazu nimmt.

Die Sitzung schließt 23:45 Uhr auf Grund Schließung des Sitzungslokales.

Anmerkung Protokollführer: Es gab in dieser LaVo- Sitzung 9 positive Beschlüsse, mehrere Anträge waren durch Zeitablauf erledigt. Fünf Ablehnungen erfolgten sowie keine Abstimmung bei zwei Anträgen.